

Helmut Wiesenthal  
23.08.2004

**Notizen zur Debatte „Zukunft der sozialen Demokratie...“**  
(Zur Vorbereitung eines Streitgesprächs in der Urania, Berlin, am 01.09.04;  
Sendung im Info-Radio, Berlin, am 04.09.04;  
Redaktion und Gesprächsleitung Alfred Eichhorn)

## **1. Was steckt hinter Hartz IV?**

Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen (insbes. Hartz IV) werden von vielen Bürger/inne/n als Bruch mit dem Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik wahrgenommen. Die Regierung stellt sie als notwendige Reparatur am fortbestehenden System dar.

Beides ist richtig. Es kann zwar keine Rede davon sein, dass der Sozialstaat abgeschafft wird, aber die Reformen bedeuten in mehrfacher Hinsicht einen Bruch mit der Vergangenheit:

- > Sie sollen einen Strukturdefekt des dt. Sozialstaats heilen und Schluss machen mit der eingefahrenen Praxis, dass die Kosten der Arbeitslosigkeit - über Steuern und Sozialbeiträge - zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen.
- > Die Ursachen von Wachstumskrise und Arbeitslosigkeit werden nicht mehr einer schlechten Konjunktur angelastet, sondern Besonderheiten des "Modells Deutschland".
- > Die Maßstäbe für das, was sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig ist, werden nicht mehr aus der Geschichte Deutschlands bezogen, sondern aus dem Vergleich mit anderen (OECD-) Ländern (Benchmarking).
- > Die Annahme, dass die Volkswirtschaft eine bestimmte Menge von Arbeit benötige, die man nur "gerecht" verteilen müsse, wurde aufgegeben. Während diese Nullsummenprämisse unterstellt, zuerst müsse das Wirtschaftswachstum anziehen, dann gäbe es wieder "mehr" Arbeit, geht man heute davon aus, dass jeder zusätzlich Beschäftigte (auch wenn er nur einen niedrigen Lohn erhält), dazu beiträgt, das Wachstum zu steigern. Diese, Ursache und Wirkung umkehrende, Sichtweise hat sich in vergleichbaren Volkswirtschaften als richtig erwiesen.
- > Demzufolge ist die vorrangige Aufgabe des Sozialstaats nicht, erwerbslosen Menschen eine Alternative zur Erwerbstätigkeit zu gewähren, sondern ihnen Anreize und Unterstützung zur eigenen Erwerbstätigkeit zu geben. So ist die Finanzierung des Lebensunterhalts aus Steuermitteln nach Hartz IV nicht mehr vom erlangten Status (frühere Beschäftigung), sondern ausschließlich von der Bedürftigkeit abhängig. (Das erfordert eine andere Zuteilung der Mittel. Die Höhe der bisherigen Ausgaben für Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe bleibt erhalten oder wird überschritten.)
- > Mit dieser Reform wurde das korporatistische Grundmuster der Beteiligung der Gewerkschaften an der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aufgekündigt. Die autonome Tarif(struktur)politik von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist Teil des Ursachenkomplexes der Massenarbeitslosigkeit. Die Regierung geht davon aus, dass die Tarifautonomie nur noch dann eine Zukunft in Deutschland hat, wenn sich die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik von den Tarifparteien löst und ebenfalls autonom wird.

## **2. Gibt es keine Alternative zu dem neuen Reformkurs?**

Politiker behaupten gern, es gäbe keine Alternative zu dem, was sie beschlossen haben. Das ist unrichtig. Es gibt immer die Alternative der Unterlassung, also nichts zu tun. Und es gibt die Alternative, etwas anderes zu tun.

> Die Alternative der Unterlassung wurde von der jetzigen Regierung 1998-2002 sowie (in mancher Hinsicht) auch von den vorangegangenen Regierungen praktiziert. In dieser Zeit wuchsen die Probleme weiter an (messbar am Anteil der Langzeitarbeitslosen).

> Es gibt die Alternative der staatlichen Nachfrageförderung mittels höherer Schuldenaufnahme und höherer Steuern, Umverteilung von oben nach unten usw. Die Folgen sind jedoch klar absehbar (weil in den 1970-80er Jahren mehrfach erlebt): Eine kurzzeitige Konjunkturbesserung wird abgelöst von Investitionsrückgang und stark sinkenden bis negativen Wachstumsraten. Darauf folgen drastische Ausgabenkürzungen des Staates, rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit -- und schließlich radikale Sozial- und Arbeitsmarktreformen.

> Je später die Reformen erfolgen, umso tiefer werden die Einschnitte und umso deutlicher müssen die positiven Signale an Investoren ausfallen, dass in Zukunft alles anders, d.h. für sie günstiger werden wird.

## **3. Was steckt hinter dem Reformkonflikt? Warum sind die Reformen so umstritten? Warum erfolgen sie erst jetzt?**

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Reformen ist unter den deutschen Politikern erst spät und sehr langsam gewachsen. Das gilt für CDU/CSU und SPD gleichermaßen. Bis vor wenigen Jahren glaubte man, das "Modell Deutschland" sei allen anderen Sozialstaatsformen weit überlegen. Erst im Zuge der beschleunigten Globalisierung der Absatzmärkte und Investitionsstrategien musste man einsehen, dass mit einer geringeren Staatsquote am BSP mehr Wachstum und Wohlstand möglich werden. Nachdem auch Länder wie China und Indien durch Liberalisierung ihrer Wirtschaft auf den Zug der stürmischen Modernisierung gesprungen sind, ist Asien zum Wachstumsmotor der Weltwirtschaft geworden. Die globalisierungskritische Diagnose ist unrichtig. Der Wirtschaftsaufschwung in ehemaligen Entwicklungsländern verbessert dort auch die Lage bzw. die Optionen der ärmeren Bevölkerungsteile. Von Dumpingpreisen, Schmutzkonkurrenz und alleinigen Gewinnen der Reichen kann keine Rede sein.

Die Anpassung an die neuen Bedingungen der Weltwirtschaft fällt den großen westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten am schwersten. Die kleineren Länder (z.B. Dänemark, Niederlande, Schweden) haben sie schon hinter sich. Dort wusste man immer schon, dass das Schicksal des Landes sehr stark von äußeren Bedingungen und einer klugen Anpassung an diese abhängt. Länder wie Frankreich, Italien und Deutschland haben es schwerer. Hier glauben große Teile der Bevölkerung, dass die Regierung die Macht habe, alle wesentlichen Bedingungen nach Belieben selbst zu gestalten. Das mag bis etwa 1970 so gewesen sein, aber ist es heute nicht mehr.

Die SPD hatte es mit der Anerkennung der gewandelten Wirklichkeit am schwersten. Ein kleiner Kreis machte 1999 einen Versuch, die Debatte mit dem sog. Schröder-Blair-Papier zu eröffnen - und steckte nach heftigen Protesten rasch zurück. Erst nach vier Jahren Regierungsverantwortung und wachsender Vertrautheit mit der internationalen Situation (und dem Blick "von außen" auf Deutschland) riskierte man es, die

Realität anzuerkennen. Das ist aber auch heute noch in großen Teilen der SPD umstritten, ebenso in der CDU/CSU.

Inzwischen halten rund 50 % der Bevölkerung einschneidende Reformen für notwendig. Eine Regierung, die das weiter verdrängen würde, verspieler ihre Reputation und verlöre jedes Ansehen im internationalen Rahmen. So rechnet die SPD-Führung seit 2002 mit mehr Nachteilen bei Reformverzicht als durch die Reformproteste. Allerdings nahm sie die Reformen in Angriff, ohne eine innerparteiliche oder öffentliche Debatte zu führen und den Wandel ihrer Problemsicht zu erklären.

Es entstand eine neue Konfliktlinie: auf der einen Seite die Politiker, die politische Verantwortung tragen und unter Entscheidungsdruck stehen; auf der anderen Seite, wer keine Verantwortung trägt und nicht entscheiden muss. Populistische Versuche bestehen auf beiden Seiten. Aber die Regierungsseite hat einen stärkeren Anreiz, ihr nicht nachzugeben, weil sie dabei an Reputation verlöre. Die Reformgegner riskieren keinen Reputationsverlust, wenn sie ohne oder mit schlechten Alternativen werben. Sie müssen sie ja nicht realisieren, geschweidenn verantworten.

Die Hartz IV-Demonstrationen sind Konsequenz und Ersatz der versäumten Reformdebatte. Gleichzeitig bieten sie politischen Akteuren, die nicht in der Verantwortung stehen, aber ihre Machtbasis ausbauen oder verteidigen wollen, günstige Gelegenheiten, sich als Verteidiger des Status Quo zu profilieren. Das gilt v.a. für die von zunehmenden Interessendivergenzen geplagten Gewerkschaften Verdi und IGM sowie die PDS, der es an einem überzeugenden und realistischen Regierungsprogramm mangelt.

#### **4. Was bedeutet der sozialstaatliche Paradigmenwechsel für das Parteiensystem in Deutschland?**

Der Formwandel des Sozialstaats hat mit Sicherheit Auswirkungen auf die Struktur des Parteiensystems. Diese bestehen einerseits in einer Annäherung der Positionen der beiden Volksparteien, welche die Reformen in nahezu übereinstimmender Weise befürworten und betreiben (würden). Andererseits müssen die „großen“ Parteien mehrere unterschiedliche Wählersegmente ansprechen, die ihnen unterschiedliche Konzessionen und Kompromisse abverlangen bzw. sie zu ideologischem Spagat nötigen.

In der SPD ringt das traditionelle sozialdemokratische Selbstverständnis – „Wenn wir die Staatsmacht haben, kontrollieren wir den Kapitalismus zum Vorteil der Arbeitnehmer“ – mit der Einsicht in die gewandelten Gegebenheiten. Nach der Abwanderung konservativer Arbeitnehmer ins Lager der CDU/CSU-Wähler, bestimmen v.a. öffentlich Bedienstete die an den Staat gerichteten Ansprüche. Diese haben eine expansive Note und widersprechen einem Abbau von Staatsaufgaben (und staatlicher Beschäftigung!). Gleichzeitig unterhält ein Großteil der SPD-Anhänger kulturell moderne, postmaterialistische und autoritätskritische Vorstellungen (in Sachen Immigration, Bürger- und Minderheitenrechte, Umweltschutz usw.), die sie in die Nähe der Grünen rücken. Die SPD wird sich einem liberalen Wirtschaftsverständnis nicht gänzlich öffnen können, sondern als Regierungspartei immer wieder die Grenzen der innerparteilichen Zumutbarkeit ausloten müssen. Dabei wird ihre Stammwählerschaft weiter schrumpfen. Gleichzeitig bleibt das Reformverständnis stärker von traditionellen linken Tabus (Kapitalismus- und unternehmerkritische Attitüde) geprägt als das der Grünen.

Auch CDU/CSU dürften ein Schrumpfen der Stammwählerschaft verbuchen. Sie haben es zwar leichter, marktfreundlich-liberale Reformen zu praktizieren und gleichzeitig die kulturell traditionell orientierten, eher autoritätsgläubigen Wählergruppen zu hofieren. Dabei fällt es ihnen aber schwer, die von diesen Gruppen (z.B. den Rentnern) vertretene Präferenz für einen ausgabefreudigen Staat zu befriedigen. Als liberale Modernisierer müssen sie einen Teil dieser Wählererwartungen enttäuschen. Aus diesem Grund verbessern sich die Mobilisierungschancen für rechts-konservative Parteien, die Globalisierungskritik mit Nationalismus, Autoritarismus und dem Verlangen nach einem fürsorglichen Staat zusammenbringen.

Parteien links von der SPD, insbesondere die PDS außerhalb Ostdeutschlands, können nur so lange punkten, wie es genügend Wähler gibt, die überholte Vorstellungen von Wirtschaft und Staat unterhalten und an die Interpretationsformeln des 19. und frühen 20. Jahrhunderts glauben. Mit dem Aussterben der ehemaligen DDR-Staatsbediensteten gerät die PDS vor die Wahl, sich entweder in Richtung Schwesterpartei der SPD oder zur politischen Sekte zu entwickeln.

Die Grünen profitieren von dem langsam wachsenden Anteil realistischer, autoritätskritischer und kosmopolitisch orientierter Wähler, die sich von den ideologischen Vorurteilen der anderen Parteien (mit Identitätsformeln aus dem 19. Jahrhundert) abgestoßen fühlen. Sie sind die einzige Partei, die keiner selbstinteressierten Klientel verpflichtet ist, sich deshalb einen unideologischen Umgang mit Reformthemen leisten kann und sich über längerfristige Politikziele und -wirkungen zu legitimieren versteht.

Kennzeichen der neuen Parteienlandschaft sind generell schwächere Parteibindungen der Wähler, schrumpfende Stammwählerschaften und stark schwankende Wahlergebnisse. Wie einzelne Wählergruppen sich verhalten, wird v.a. von der aktuellen politischen Agenda und den taktischen Positionsbezügen der Parteien abhängen. Soweit die Volksparteien darauf einzugehen verstehen, werden sie die Themen für ihre Kampagnen noch flexibler als bisher wählen und versuchen, ihre Wähler mit einem von Wahl zu Wahl anders zusammengesetzten Menü an Themen zu gewinnen. Sie werden sich noch mehr als bisher aus festen Bindungen zu Interessengruppen, Verbänden und Gewerkschaften lösen. Mit der Einebnung von inhaltlichen Differenzen wird der Parteienwettbewerb „persönlicher“ und härter werden.

## **5. Was bedeutet der Politikwechsel der SPD für die Linke in Deutschland? Gibt es noch gemeinsame "linke" Überzeugungen und politische Ziele? Gibt es noch eine Arbeiterbewegung?**

Von einer Arbeiterbewegung in Deutschland kann nicht mehr ernsthaft die Rede sein. Arbeiter bilden eine Minderheit unter den lohnabhängig Beschäftigten und sind eine sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe. Manuell arbeitende (blue collar) Industriebeschäftigte haben überwiegend ein autoritär-konservatives Weltbild, wählen konservative Parteien und haben widersprüchliche Erwartungen an den Staat: Beschäftigte in modernen Wettbewerbssektoren akzeptieren den Liberalisierungskurs und setzen auf internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, Beschäftigte in staatlich geschützten Branchen (Bergbau, öffentlicher Dienst, Wirtschaftsförderung neue Bundesländer) setzen auf anhaltende Subventionen.

Die Gewerkschaften erfahren den Strukturwandel als Zunahme der internen Interessenunterschiede in der Mitgliedschaft und Übergang zu einer kleinräumigen, betriebsnahen Tarifpolitik entsprechend der spezifischen Lage der Unternehmen und öffentli-

chen Kassen. Sie versuchen, den Verlust an kollektiver Handlungsfähigkeit, die Tendenz zum Interessenpartikularismus und die Auflösung der engen Bindung an die SPD mit kämpferischer Rhetorik und mutiger Verleugnung der Realitäten zu kompensieren. Verdi und IG Metall versuchen sich heute als Bewahrer von traditionell „linken“ Weltbild-Elementen. Sie stehen damit zwischen SPD und PDS, ohne allerdings den Glauben an eine sozialistische Alternative zu teilen. Gewerkschaftsführungen sind taktische Linke; was für sie zählt sind Mitgliederzahlen und politische Verhandlungsmacht in der Gegenwart. Deshalb glauben sie nicht alles, was sie sagen.

Die Links-Rechts-Differenzierung ist v.a. eine verteilungspolitische Differenz. Eine prägnante „linke“ Position wird es solange geben, wie es Kräfte in der Gesellschaft gibt, welche die Notwendigkeit von Umverteilung zugunsten kranker, arbeitsloser, alter und junger Menschen bestreiten oder als nur vorübergehend akzeptieren wollen.

Aber unter den Befürwortern einer staatlichen Umverteilungspolitik brechen zunehmende Unterschiede auf:

- > erstens hinsichtlich des Verhältnisses von Eigenverantwortung und Staatspaternalismus,
- > zweitens hinsichtlich des Welt- und Selbstverständnisses (Abschied oder Pflege von sozialistischen „Alternativen“),
- > drittens hinsichtlich der moralischen Qualität „linker“ Politik, die sich daran misst, ob die politischen Ziele und die politische Praxis partikularistischen Interessen oder universalistischen Werten verpflichtet ist. Letzteres meint: soziale Inklusivität, Langfristigkeit (Nachhaltigkeit) und Sachgerechtigkeit ohne ideologische Scheuklappen.